

INTERVIEW

Staatssekretär a.D. Dr. Harald Braun, Kuratoriumsvorsitzender der Stiftung EVZ



Im Sommer 2017 hat Angela Merkel Sie zum Leiter des Kuratoriums der Stiftung EVZ ernannt. Was bedeutet es für die Stiftung, wenn ein solch bekannter deutscher Diplomat, Botschafter der Ständigen Vertretung Deutschlands bei den Vereinten Nationen in New York und Vizepräsident der UN-Generalversammlung, diese Position übernimmt?

Dr. Braun: Die Stiftung basiert auf einem Gesetz und wird darin als Bundesstiftung bezeichnet. Das bedeutet, dass die Stiftung unter der Aufsicht der Bundesregierung steht. Das Gesetz besagt aber auch, dass die Stiftung selbstständig in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben agieren soll. Zu diesem Zweck beruft die Bundeskanzlerin den Stiftungsvorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden, und es war immer so, dass der Kuratoriumsvorsitzende der Stiftung ein ehemaliger Regierungsvertreter ist. Meine Vorgänger waren beide Staatssekretäre, so wie ich. Als stellvertretender Vorsitzender fungiert traditionell ein Repräsentant der deutschen Wirtschaft, weil das Vermögen der Stiftung sowohl von der Regierung als auch von der Wirtschaft kommt.

Insofern steht meine Berufung in einer kontinuierlichen Linie und bedeutet keine grundsätzlichen Änderungen. Natürlich habe ich Vorstellungen, was die Zukunft der Stiftung angeht, und bespreche diese auch mit dem geschäftsführenden Vorstand und den Mitgliedern des internationalen Kuratoriums. Die erste Sitzung des Kuratoriums unter meiner Leitung wird am 7. Dezember dieses Jahres stattfinden, und in der Vorbereitung auf diese Sitzung versuche ich, möglichst viele Kuratorinnen und Kuratoren vorab kennenzulernen und ihre Meinungen zu hören. Im Vorfeld gleiche ich meine Vorstellungen natürlich auch mit denen der beiden Vorstände, Dr. Andreas Eberhardt und Dr. Moritz Kilger, ab.

Was liegt jetzt in Ihrem Verantwortungsbereich?

Dr. Braun: Dr. Eberhardt leitet den Vorstand der Stiftung und ist somit das, was man auf Englisch einen Chief Executive Officer und auf Deutsch einen Geschäftsführer nennen würde. Das heißt, er ist gemeinsam mit dem Ko-Direktor, Dr. Kilger, für die tägliche Geschäftsführung verantwortlich und bekommt dafür ein angemessenes Gehalt. Mein Amt ist dagegen ein Ehrenamt. Ich arbeite nicht tagtäglich in der Stiftung, sondern bereite gemeinsam mit dem Vorstand die Sitzungen des internationalen Kuratoriums vor. Darin sind hochrangige Repräsentanten der von Zwangs- und Sklavenarbeit betroffenen Länder sowie Repräsentanten von Institutionen vertreten, die an der Gründung der Stiftung beteiligt waren. Meine Aufgabe ist es, mit diesem Kuratorium die großen Linien der Stiftung festzulegen

und über die Förderung von Projekten zu entscheiden, die uns von der Geschäftsführung der Stiftung vorgeschlagen werden.

Was sind Ihre obersten Prioritäten für die kommende Stiftungsarbeit?

Dr. Braun: Was wollen wir, Vorstand und Kuratoriumsvorsitzender, gemeinsam Neues anpacken? Auch wenn die Entschädigungszahlungen an Opfer von Zwangs- und Sklavenarbeit im Wesentlichen abgeschlossen sind, dürfen wir den Aspekt der Erinnerung natürlich nicht vergessen, aber die Erinnerungsarbeit an sich wird nicht mehr so sehr im Zentrum der Stiftungstätigkeit stehen, wie das noch der Fall war, als zahlreiche Opfer der ersten Generation entschädigt und betreut wurden. Das bedeutet, dass die beiden anderen Aspekte der Stiftung – nämlich die Verantwortung für unsere Geschichte und zukunftsgerichtete Projekte, um Erinnerung und Verantwortung an neue Generationen weiterzugeben –, also die Aspekte Verantwortung und Zukunft, stärker in das Zentrum der künftigen Arbeit der Stiftung gerückt werden müssen. In dieser Richtung werde ich mich weiter mit den Mitgliedern des Kuratoriums, dem Vorstand und den Mitarbeitern der Stiftung austauschen.

Könnten Sie bitte ein bisschen über Ihren eigenen Bezug zur Stiftung erzählen?

Dr. Braun: Mein erster Berührungspunkt mit der Stiftung EVZ, beziehungsweise mit ihrer Gründung, fällt in die Periode zwischen 1997 und 2002, als ich in der deutschen Botschaft in Washington Leiter der politischen Abteilung und politischer Gesandter war. Ab 1999 erhoben Opfer beziehungsweise deren Anwälte vor verschiedenen Gerichten in den USA Klagen auf Wiedergutmachung für geleistete Zwangsarbeit gegen deutsche Unternehmen. Sowohl die deutsche als auch die amerikanische Regierung hatten ein großes Interesse daran, diese Fälle nicht individuell zu regeln, sondern mit einem allgemeingültigen Entwurf zu einem gerechten Abschluss zu bringen. Deshalb wurden Verhandlungen initiiert, die im Wesentlichen in Washington zwischen amerikanischen Regierungsvertretern – unter Miteinbeziehung der Opfer und ihrer Anwälte –, der deutschen Regierung und Vertretern deutscher Unternehmen, die während des Zweiten Weltkriegs Zwangsarbeiter beschäftigt hatten, geführt wurden. Diese Verhandlungen erstreckten sich über etwa ein Jahr, waren sehr umfangreich, sehr schwierig, führten aber letztlich zu einem Regierungsabkommen, in dem sich Deutschland und die betroffenen Unternehmen verpflichteten, jeweils fünf Milliarden D-Mark, also insgesamt zehn Milliarden D-Mark, in eine Stiftung einzubringen. Die amerikanische Regierung verpflichtete sich auf der anderen Seite dazu, den Rechtsfrieden herzustellen und keine individuellen oder Kassationsverfahren in den USA zuzulassen. Solche Verfahren sind ja mit extraterritorialer Wirkung nur in den USA möglich, und insofern war das ein Schlusstrich, der den Rechtsfrieden bis heute und auch für die Zukunft sichert.

Es war sehr mühsam, die deutschen Unternehmen dazu zu bringen, ihre Beiträge in das Stiftungsvermögen einzuzahlen. Hier gebührt eine besondere Anerkennung Manfred Gentz, dem früheren Finanzvorstand von Mercedes-Benz, der eine enorme Überzeugungsarbeit geleistet hat, damit die fünf Milliarden D-Mark für den Stiftungsfonds zusammenkamen. Genauso viel Anerkennung gebührt dem verstorbenen ehemaligen Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, der die

Verhandlungen für die Bundesregierung zu einem Erfolg führte und seinerseits viel dafür getan hat, dass sowohl die Mittel aus dem Bundeshaushalt als auch vonseiten der Wirtschaft eingezahlt wurden und dieses beträchtliche Stiftungsvermögen überhaupt zustande kam.

Wie relevant ist das Thema Nationalsozialismus und historische Verantwortung heute in Deutschland?

Dr. Braun: Die Generation, die heute in Deutschland Verantwortung trägt, hat selbst keine lebendige Erinnerung mehr an die Zeit des Nationalsozialismus. Auch die Älteren unter uns sind so wie ich nach dem Krieg geboren. Aber selbst wenn wir keine persönliche Schuld empfinden für das, was im 20. Jahrhundert in deutschem Namen verübt wurde, muss es unser Ziel bleiben, Verantwortung zu übernehmen. Und Verantwortung bedeutet immer auch zu handeln. Dieses Handeln heißt für mich, aus der Erinnerung zu lernen und jetzigen und künftigen Generationen in Deutschland, aber auch über Deutschland hinaus, in Europa und anderen Regionen der Welt, vor Augen zu führen, welche Gefahren drohen, wenn totalitäre und menschenverachtende Ideologien an die Macht kommen und schwerste Menschenrechtsverletzungen legitimiert und sogar institutionalisiert werden. Das bedeutet für uns Deutsche, dass unsere Verantwortung für die Geschichte bleibt – eine Verantwortung für die Zukunft in Deutschland und auch in der Welt.

Welche persönliche Meinung haben Sie zum Nationalsozialismus?

Dr. Braun: Wenn ich jetzt von mir ausgehe: Ich bin 1952 geboren, meine Eltern 1929 und 1930. Die waren am Ende des Zweiten Weltkriegs bereits Teenager. Meinen Großvater mütterlicherseits habe ich nicht kennengelernt, der ist 1929, zwei Monate bevor meine Mutter zur Welt kam, gestorben. Mein Großvater väterlicherseits war nicht im Krieg, weil er krank war. Das heißt, ich gehöre zu einer Familie und auch zu einer Generation, die selbst an den Schandtaten des Nationalsozialismus nicht beteiligt war. Trotzdem habe ich mich immer für die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts interessiert, denn Geschichte hat ja immer Konsequenzen. Als ich ein Kind war, habe ich noch die zerstörten Städte in Westdeutschland erlebt – in Ostdeutschland zum Teil noch als Erwachsener –, die ganzen Ruinen, die dort herumstanden. Ich bin viel in Europa gereist, ich habe auch die Zerstörungen in der Ukraine und in Russland gesehen. Auf einer Wienreise stellte ich fest, dass alle historischen Gebäude nach dem Zweiten Weltkrieg neu aufgebaut wurden, weil sie eben ausgebombt worden waren. Ich habe auch viele Menschen getroffen, die die schrecklichen Ereignisse des Zweiten Weltkriegs in Europa psychisch stark belastet, wenn nicht gar zugrunde gerichtet haben. Aus dieser Erfahrung heraus finde ich, dass unsere Verantwortung weitergeht, unsere Verantwortung als Deutsche, aber auch als Europäer und aufgeklärte Menschen. Wir müssen die Erinnerung an unsere Geschichte bewahren und daraus die richtigen Konsequenzen für die Zukunft ziehen.

In den späten 1990er-Jahren war ich zu der Zeit in der Deutschen Botschaft in Washington tätig, als die Verhandlungen geführt wurden, die letztlich zur Gründung der Stiftung geführt haben. Ich war selbst bereits Student Fellow des Leo Baeck Instituts, hatte als Stipendiat in den USA eine jüdische Gastfamilie, über die ich auch ein individuelles jüdisches Schicksal kennenlernen durfte. Meine Gastmutter hatte den Holocaust überlebt, mein Gastvater stammte aus einer russischen

Emigrantenfamilie, die davon glücklicherweise nicht betroffen war. Meine Frau hat schon am Gymnasium die russische Sprache gelernt und später auch studiert. Schon als junge Frau ist sie in die Sowjetunion gereist und hatte dort auch zu Opfern und Überlebenden des Großen Vaterländischen Krieges persönliche Kontakte. So haben wir auch innerhalb der Familie ein starkes Geschichtsbewusstsein entwickelt, das ich jetzt versuche, zukunftsgerichtet in die Arbeit der Stiftung EVZ einzubringen. Das ist eine besonders starke Motivation für mich; und daher habe ich die Berufung in das Amt des Kuratoriumsvorsitzenden durch die Bundeskanzlerin sehr gerne angenommen.

Wenn ich noch etwas Persönliches ergänzen darf, abgesehen von der Zeit in Washington und den Verhandlungen zur EVZ ist mir bewusst geworden, dass ich als Kind selbst noch Zeugnisse von Zwangsarbeit gesehen habe. Meine Eltern wohnten in einer Werkswohnung vor den Toren der größten Mercedes-Benz-Fabrik in Sindelfingen – dort, in der Nähe von Stuttgart, bin ich auch geboren. Alle Mieter dieser Wohnungen hatten kleine Gartenparzellen, die durch niedrige Mauern aus Zement abgetrennt waren. Als Kind hat mir das nichts gesagt, aber wenn ich heute als Erwachsener daran zurückdenke, wird mir klar, dass diese Mauern die Fundamente eines ehemaligen Lagers, die Umrandungen von Barracken, waren. Soll heißen, vor der Mercedes-Benz-Fabrik gab es noch lange nach dem Zweiten Weltkrieg in den 1940er-Jahren ein Zwangsarbeiterlager. Die Menschen dort haben unter erniedrigenden Bedingungen leben müssen. Dafür hat die Stiftung EVZ später nominelle Kompensationen bezahlt, und sie wird auch weiterhin diese Erinnerungen verantwortungsvoll in die Zukunft tragen.

Wie haben Sie Ihren Kindern das Phänomen des Nationalsozialismus erklärt? Das war sicher nicht einfach.

Dr. Braun: Es war gar nicht so schwierig zu erklären. Denn es ist ein Thema der deutschen Geschichte, das meine Kinder genauso betrifft wie mich. Wie gesagt, ich bin selbst nach dem Krieg geboren, meine Kinder sehr viel später, aber eben auch nach dem Krieg. Für uns, für unsere Generationen ist es ein Teil, ein ganz wichtiger Teil der Geschichte, aber es ist eben auch vergangen, Geschichte. So wie meine Eltern mich dazu angehalten haben, ein Verantwortungsgefühl für die deutsche Geschichte zu entwickeln, so haben auch wir versucht, es unseren Kindern zu vermitteln. Wir sind mit den Kindern in Holocaust-Museen gegangen, haben Auschwitz besucht, als wir in Krakau waren, und auch Sachsenhausen, als wir zum ersten Mal nach Berlin gefahren sind. Bei diesen Gelegenheiten haben wir, meine Frau und ich, viel mit den Kindern darüber gesprochen, und die Kinder haben auch Fragen gestellt. Ich finde, sollte für eine deutsche Familie selbstverständlich sein. Ich glaube, Straftaten können nicht kollektiv begangen werden, sondern werden immer individuell verübt. Schuld ist individuell. Die Verantwortung ist kollektiv, aber die Schuld individuell.

Sie haben mit Hans-Dietrich Genscher zusammengearbeitet, der selbst im Krieg war. Hat er etwas darüber erzählt?

Dr. Braun: Ja, ich wurde als junger Diplomat, gerade aus Burundi kommend, in das Ministerbüro des Auswärtigen Amtes versetzt, kurz bevor Hans-Dietrich Genscher als Außenminister ausschied. Er ist dann Bundestagsabgeordneter geblieben und

hatte ein Büro in den Räumen des Deutschen Bundestags – nicht mehr im Außenministerium – mit einigen Mitarbeitern aus dem Auswärtigen Amt. Ich habe dieses Büro geleitet und bin viel mit Genscher im Ausland gereist, aber auch in Deutschland. Das war in den Jahren 1992 bis 1995; die Mauer war noch nicht so lange gefallen, die deutsche Einheit noch frisch. Hans-Dietrich Genscher stammte ja selbst aus Sachsen-Anhalt, aus Halle an der Saale, und hat in dieser Zeit sehr viele Reisen nach Ostdeutschland unternommen, um den Menschen Mut zuzusprechen. Ich habe ihn oft dabei begleitet.

Als wir mal etwas mehr Zeit in der Nähe von Halle verbrachten, hat er mich auf ein Feld geführt und mir Vertiefungen darin gezeigt. Er sagte dabei: „Diese Vertiefungen waren Positionen für Flugabwehrgeschütze, und ich habe geholfen, sie zu graben.“ Hans-Dietrich Genscher wurde im Alter von knapp 18 Jahren als Flakhelfer eingezogen, um bei der Luftabwehr in den letzten Kriegsmonaten zu helfen. Er hat also diese Stützpunkte mit ausgegraben und saß dort in den Nächten, als die Alliierten Bomben nach Ostdeutschland flogen und Dresden zerstörten. Er versuchte noch zu verteidigen, was es zu verteidigen gab, am Ende dieses sinnlosen Krieges. Einmal erzählte er mir von einem langen Fußmarsch im Jahr 1945 aus der Gegend von Halle Richtung Elbe, um über die Elbe in den Westen, hinter die amerikanischen Linien, zu kommen und der sowjetischen Kriegsgefangenschaft zu entgehen. Genscher hat den Fluss zu Fuß über eine schmale Brücke aus Brettern überquert, wenige Kilometer hinter ihm rückte die Sowjetarmee vor.

Man hat ihm später vorgeworfen, dass er Mitglied der Nazipartei war. Wobei inzwischen Unterlagen aufgetaucht sind, die belegen, dass in den späten Kriegsjahren alle Flakhelfer, ohne gefragt zu werden, in die Partei aufgenommen wurden, um eine bessere Kontrolle über die jungen Menschen zu erlangen. Hans-Dietrich Genscher hat gesagt – und das ist in meinen Augen glaubwürdig –, dass er nie einen Antrag gestellt hat, um Mitglied der NSDAP zu werden. Aber natürlich konnte er nicht bestreiten, dass er für einige Monate als Mitglied geführt wurde. Er hat mir viel erzählt von seiner Jugend während des Dritten Reiches, dann auch in der DDR und später von seiner Zeit als deutscher Politiker. Für ihn stand immer das Thema Verantwortung im Vordergrund. Wobei er auch ein Mensch war, der eben sah, dass aus der deutschen Geschichte eine Verantwortung erwachsen ist, die ganz Europa einbeziehen muss und die die ganze Nation nur als ein verantwortungsvolles Element der europäischen Völkergeschichte vorstellbar macht.

Sie haben gesagt, dass Ihre erste Reise nach Ihrer Ernennung in die Ukraine gehen wird. Warum?

Dr. Braun: Die Frage ist leicht zu beantworten. Geografisch betrachtet hat die Stiftung aufgrund des Umfangs und der Schwere der Zwangs- und Sklavenarbeit zwei Schwerpunktländer. Diese beiden sind Polen und die Ukraine. Ich selbst lebe teilweise in Berlin, da ist Polen sehr nah. Ich war oft dort und kenne Polen besser als die Ukraine. Daher kommt mein Anliegen, als erstes Land aus der Reihe der Staaten, mit denen die Stiftung zusammenarbeitet, die Ukraine zu besuchen. Ich bin froh über die Möglichkeit, diesen Besuch bei Stiftungsprojekten und deren Kuratoren vor Ort gleich mit einer Einladung auf eine internationale Konferenz verbinden zu können, die an diesem Wochenende in Kiew stattfindet.

Das Interview entstand im Sommer 2017.